

Martin Ohlert

Zwischen „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“

Integrationsleitbild und -politik
der im 17. Deutschen Bundestag
vertretenen Parteien



Springer VS

Zwischen „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“

Martin Ohlert

Zwischen „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“

Integrationsleitbild und
-politik der im 17. Deutschen
Bundestag vertretenen Parteien

Martin Ohlert
Bonn, Deutschland

Dissertation Universität Bonn, 2014

ISBN 978-3-658-08251-2 ISBN 978-3-658-08252-9 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-08252-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Danksagung

Die vorliegende Arbeit bildet die nahezu unveränderte Fassung meiner Dissertationsschrift, die ich im März 2014 an der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn unter dem Titel „Zwischen ‚Multikulturalismus‘ und ‚Leitkultur‘. Integrationsleitbild und Integrationspolitik der im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien“ eingereicht habe.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Volker Kronenberg, der das Promotionsverfahren als Betreuer stets mit großer Anteilnahme begleitet hat. Ohne seine frühe Förderung und sein nachhaltiges Bekenntnis zu meinem Dissertationsvorhaben wäre die Umsetzung des Projekts nicht möglich gewesen. Seine Anregungen und Ratschläge haben zudem sehr zum Gelingen der Dissertation beigetragen. Speziellen Dank schulde ich ebenfalls Prof. Dr. Wolfram Hiltz, der während seines Forschungsfreiemesters das Zweitgutachten meiner umfangreichen Arbeit übernommen hat. Prof. Dr. Jörg Blasius und Prof. Dr. Dirk Tänzler danke ich sehr herzlich für die Organisation des Prüfungsverfahrens und für die Beteiligung an der Prüfungskommission. Dank gebührt ferner Frau Anke Piel vom Promotionsbüro der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, auf deren freundliche Hilfsbereitschaft ich mich in den vergangenen Jahren immer verlassen konnte. Gleiches gilt für Dr. Manuel Becker, der mir gerade am Ende des Promotionsverfahrens in organisatorischen Fragen mit Rat und Tat zur Seite stand. Allen Teilnehmern unseres Doktorandencolloquiums danke ich herzlich für die stets angenehme Atmosphäre und die konstruktive Kritik an meinem Projekt. Frau Anne Susanne Göbel von Springer VS bin ich für die ausgezeichnete redaktionelle Betreuung des Publikationsprozesses sehr zu Dank verpflichtet.

Für ihre Bereitschaft, trotz zahlreicher Verpflichtungen für Interviews zur Verfügung zu stehen, sei Frau Ministerin Irene Alt, Herrn Bundesminister a.D. Gerhart Baum, Herrn Volker Beck (MdB), Frau Sabine Berninger (MdL), Frau Staatsministerin Christine Haderhauer, Frau Ulla Jelpke (MdB), Herrn Thomas Kufen (MdL), Frau Ministerin Bilkay Öney, Frau Petra Pau (MdB), Herrn Ministerpräsident a.D. Dr. Jürgen Rüttgers, Herrn Dr. Joachim Stamp (MdL), Herrn Serkan Tören, Herrn Dr. Dieter Wiefelspütz, Herrn Rüdiger Veit (MdB) und Herrn Dr. Ludger Volmer ganz herzlich gedankt. Der Inhalt dieser ausgesprochen ergiebigen Interviews ist im Anhang des Buches abgedruckt.

Meinen Freunden danke ich für die von mir während der vergangenen Jahre häufig auf eine harte Probe gestellte Bereitschaft, über Aspekte meines Forschungsgegenstandes zu diskutieren, und für vieles mehr. In diesem Zusammenhang sind vor allem Bruno Arndt, Katrin Böhmer, Christopher Broich, Stefan Gehrmann – dessen Beispiel eines erfolgreich beendeten Dissertationsvorhabens mir überdies sehr geholfen hat –, Alexander Königsmann, Jan La-

schinger, Martin Lohr, Mario Morina – dessen Hilfe obendrein bei layouttechnischen Fragen schlechthin unverzichtbar war –, Andre Reimann, Stefan Schönefeld, Sebastian Semmelmann und Dennis Wilmsen zu nennen.

Der letzte und größte Dank gilt meiner Familie. Ich danke meinen Großeltern, die mich immer nach besten Kräften unterstützt haben und den Abschluss meiner Promotion leider nicht mehr erleben bzw. miterleben. Meinem Bruder und seiner Partnerin danke ich unter anderem dafür, dass sie die Herkulesaufgabe auf sich genommen und das gesamte Manuskript durchgesehen sowie auf außerordentlich hilfreiche Weise korrigiert haben. Für alle verbliebenen Mängel trage selbstverständlich allein ich die Verantwortung. Meinen Eltern danke ich für ihre in jeder Hinsicht bedingungslose Unterstützung. Ihnen ist das vorliegende Buch in Dankbarkeit gewidmet.

Euskirchen, im Spätsommer 2014

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	XIII
---------------------------	------

I. Einleitung..... 1

1. Einführung	1
2. Erkenntnisinteresse und politikwissenschaftlicher Ansatz	5
3. Forschungsstand und -literatur	11
4. Leitende Fragestellungen und Gliederung der Arbeit	16
5. Begriffsbestimmungen und -einordnungen	18
5.1 „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“	18
5.1.1 Zeithistorische Genese der Begriffe	18
5.1.2 Die beiden Konzepte im normativen Widerstreit	28
5.1.3 Ideengeschichtliche Einordnung	51
5.1.4 Der „kulturelle Pluralismus“	58
5.2 Integration	68
5.2.1 Integration und Assimilation	68
5.2.2 Die Thematik der Parallelgesellschaften und der „Islam in Deutschland“	91
5.2.3 Staatsangehörigkeitsrecht und Nationsbegriff(e) im Kontext der Debatte um Integration	115
5.3 Der „Verfassungspatriotismus“ – einigendes Band der Gesellschaft?	137
5.3.1 Dolf Sternberger	138
5.3.2 Jürgen Habermas	141
5.3.3 „Verfassungspatriotismus“ und „Leitkultur“	144
5.4 Im Sinne einer Zwischenbilanz: Das Ethos der Demokratie	146

II. Integrationsleitbild und Integrationspolitik der Bundestagsparteien – Hintergründe, Entwicklungen und Zusammenhänge..... 153

1. CDU/CSU	153
1.1 Gegen das Selbstverständnis der Bundesrepublik als „Einwanderungsland“ – Integrationsleitbild und Integrationspolitik der CDU/CSU von den 1950er Jahren bis zum Jahr 1998	153
1.1.1 Zwischen wirtschaftspolitischem Primat und national-kultureller Perspektive	153
1.1.2 Die Kanzlerschaft Helmut Kohls	173
1.1.3 Zwischenbilanz	200
1.2 Integrationsleitbild und Integrationspolitik zwischen 1998 und 2005	202

1.2.1	Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	202
1.2.2	Zwischen Zuwanderungsgesetz und dem Streit um eine „Leitkultur“	213
1.3	Integrationsleitbild und Integrationspolitik seit 2005	245
1.3.1	Die Position der CDU/CSU während der neuen „Leitkultur“-Debatte 2005/2006	245
1.3.2	Die Haltung der CDU/CSU zur sprachlichen Integration	248
1.3.3	Die Ausweitung der Einbürgerungsanforderungen	250
1.3.4	Das sozio-kulturelle Leitbild von Integration	252
1.3.5	Aktuelle Positionen.....	258
1.3.6	Zwischenbilanz für den Zeitraum seit 1998	260
2.	SPD.....	261
2.1	„Multikulturalismus“ statt Akkulturation – Integrationsleitbild und Integrationspolitik der SPD von den 1950er Jahren bis zum Jahr 1998	261
2.1.1	Das sozialdemokratische Integrationsleitbild im Kontext parteiinterner Veränderungsprozesse	261
2.1.2	Programmatische Erneuerung während der Oppositionszeit	296
2.1.3	Zwischenbilanz.....	312
2.2	Integrationsleitbild und Integrationspolitik zwischen 1998 und 2005	314
2.2.1	Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	314
2.2.2	Zwischen Zuwanderungsgesetz und dem Streit um eine „Leitkultur“	320
2.3	Integrationsleitbild und Integrationspolitik seit 2005	338
2.3.1	Die Position der SPD während der neuen „Leitkultur“-Debatte 2005/2006 ..	338
2.3.2	Die Haltung der SPD zur sprachlichen Integration und die Reformierung der Einbürgerung.....	340
2.3.3	Das sozio-kulturelle Leitbild von Integration.....	342
2.3.4	Der „Multikulturalismus“ als sozialdemokratisches Integrationsmodell	350
2.3.5	Aktuelle Positionen.....	358
2.3.6	Zwischenbilanz für den Zeitraum seit 1998	359
3.	FDP	361
3.1	Entwicklung hin zum „Multikulturalismus“ – Integrationsleitbild und Integrationspolitik der FDP von den 1950er Jahren bis zum Jahr 1998	361
3.1.1	Das Thema Integration im Rahmen der innerparteilichen Entwicklung der Nachkriegsjahrzehnte	361
3.1.2	Die FDP als Regierungsmotor forcierter Integrationspolitik.....	372
3.1.3	Zwischenbilanz.....	403
3.2	Integrationsleitbild und Integrationspolitik zwischen 1998 und 2005	405
3.2.1	Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	405
3.2.2	Zwischen Zuwanderungsgesetz und dem Streit um eine „Leitkultur“	408
3.3	Integrationsleitbild und Integrationspolitik seit 2005	424
3.3.1	Die Position der FDP während der neuen „Leitkultur“-Debatte 2005/2006 ..	424
3.3.2	Die Haltung der FDP zur sprachlichen Integration und zu Einbürgerungstests.....	426
3.3.3	Das sozio-kulturelle Leitbild von Integration.....	428

3.3.4	Integrationspolitische Akzente als Regierungspartei.....	430
3.3.5	Aktuelle Positionen.....	438
3.3.6	Zwischenbilanz für den Zeitraum seit 1998	441
4.	Die Linke	442
4.1a	Die „multikulturelle Demokratie“ als Ziel – Integrationsleitbild und Integrationspolitik der PDS zwischen 1990 und 1998.....	442
4.1b	Zwischenbilanz	452
4.2	Integrationsleitbild und Integrationspolitik zwischen 1998 und 2005	454
4.2.1	Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	454
4.2.2	Zwischen Zuwanderungsgesetz und dem Streit um eine „Leitkultur“	455
4.2.3	Die Integrationsthematik im Kontext der Zusammenarbeit von PDS und WASG	471
4.3	Integrationsleitbild und Integrationspolitik seit 2005.....	477
4.3.1	Die Position des Linksbündnisses während der neuen „Leitkultur“-Debatte 2005/2006	477
4.3.2	Die Haltung des Linksbündnisses zur sprachlichen Integration und zu Einbürgerungstests	482
4.3.3	Das sozio-kulturelle Leitbild von Integration.....	485
4.3.4	Aktuelle Positionen.....	494
4.3.5	Zwischenbilanz für den Zeitraum seit 1998	495
5.	Bündnis 90/Die Grünen.....	497
5.1	Der „Multikulturalismus“ als Grundlage und Ziel – Integrationsleitbild und Integrationspolitik der Grünen zwischen 1980 und 1998	497
5.1.1	Der Nationsdiskurs der Grünen als Grundprämisse ihres Integrationsleitbildes.....	497
5.1.2	Die „multikulturelle Gesellschaft“	508
5.1.3	Zwischenbilanz.....	524
5.2	Integrationsleitbild und Integrationspolitik zwischen 1998 und 2005	525
5.2.1	Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	525
5.2.2	Zwischen Zuwanderungsgesetz und dem Streit um eine „Leitkultur“	528
5.3	Integrationsleitbild und Integrationspolitik seit 2005.....	546
5.3.1	Die Position der Grünen während der neuen „Leitkultur“-Debatte 2005/2006 und die Haltung der Partei zur sprachlichen Integration	546
5.3.2	Integrationspolitische Akzentverschiebungen und die Frage nach einem „grünen Patriotismus“	560
5.3.3	Das sozio-kulturelle Leitbild von Integration.....	565
5.3.4	Aktuelle Positionen.....	572
5.3.5	Zwischenbilanz für den Zeitraum seit 1998	573

<u>III. Schlussbetrachtung</u>	577
Bilanz	577
Ausblick	594
<u>IV. Anhang</u>	609
1. CDU/CSU	609
1.1 Ministerpräsident a.D. Dr. Jürgen Rüttgers (CDU).....	609
1.2 Frau Staatsministerin Christine Haderthauer (CSU)	613
1.3 Thomas Kufen, MdL (CDU)	616
2. SPD	618
2.1 Dr. Dieter Wiefelspütz, MdB.....	618
2.2 Rüdiger Veit, MdB	621
2.3 Frau Ministerin Bilkay Öney.....	623
3. FDP	625
3.1 Bundesminister a.D. Gerhart Baum.....	625
3.2 Serkan Tören, MdB	628
3.3 Dr. Joachim Stamp, MdL.....	631
4. Die Linke	633
4.1 Petra Pau, MdB.....	633
4.2 Ulla Jelpke, MdB	636
4.3 Sabine Berninger, MdL	639
5. Bündnis 90/Die Grünen	641
5.1 Dr. Ludger Volmer	641
5.2 Volker Beck, MdB.....	646
5.3 Frau Ministerin Irene Alt.....	649
<u>V. Bibliographie</u>	653
1. Quellen und Monographien	653
1.1 Quellen.....	653
1.1.1 CDU/CSU.....	653
1.1.2 SPD.....	653
1.1.3 FDP.....	654
1.1.4 Die Linke	655
1.1.5 Bündnis 90/Die Grünen	656
1.1.6 Gemeinsame Dokumente.....	656
1.1.7 Regierungen und Ministerien	657
1.1.8 Deutscher Bundestag und Deutscher Bundesrat.....	658
1.1.9 Gesetzestexte	658

1.2 Weitere Quellen und Monographien	659
2. Aufsätze und Sammelbände	669
3. Lexikonbeiträge	684
4. Zeitungsartikel	685
5. Internetquellen	694
5.1 Quellen	694
5.1.1 CDU/CSU	694
5.1.2 SPD	696
5.1.3 FDP	697
5.1.4 Die Linke	698
5.1.5 Bündnis 90/Die Grünen	700
5.1.6 Gemeinsame Dokumente	702
5.1.7 Regierungen und Ministerien	702
5.2 Weitere Quellen	703

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Integrationsleitbilder	33
Tabelle 2: Integrationsleitbild und integrationspolitische Agenda der Bundestagsparteien ..	593

I. Einleitung

1. Einführung

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Deutschland rund sieben Millionen Ausländer und darüber hinaus mehr als acht Millionen Deutsche mit so genanntem Migrationshintergrund leben¹, aber auch im Hinblick auf die in Deutschland wie in den meisten Industrienationen zu beobachtende „demographische Krise“², welche Zuwanderung auch zukünftig sinnvoll erscheinen lässt, ist die Integrationsthematik zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. In diesem Zusammenhang hat sich nicht nur auf gesellschaftlicher und wissenschaftlicher, sondern vor allem auch auf der im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehenden *parteilpolitischen Ebene* eine breite Debatte über „Voraussetzungen, Notwendigkeit, Umfang, Grenzen und Formen“ von „Integration in Zeiten des gesellschaftlich-demographischen Wandels“³ entwickelt, bei der es im Kern um die Frage geht, was die kulturell heterogener gewordene Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland jetzt und zukünftig „zusammenhält“⁴ – bzw. zusammenhalten *solte* – und welcher Grundlagen friedliches Zusammenleben in einer freiheitlichen Demokratie bedarf. Gleichsam stellvertretend für die gesamte Diskussion stand und steht dabei der normative Widerstreit zwischen dem Integrationsleitbild des „Multikulturalismus“⁵ einerseits und dem einer „Leitkultur“⁶ andererseits.

Während der Auslöser jener nach wie vor höchst aktuellen Debatte um „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“ sowie der damit einhergehenden Aufwertung des Themas Integration im öffentlichen Bewusstsein – auch unter dem prägenden Eindruck der leidenschaftlichen Auseinandersetzung um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts rund anderthalb Jahre zuvor – ein Beitrag des damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, im Herbst 2000 war, in welchem Merz „Regeln für Einwanderung und Integration“

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Wiesbaden 2011, S. 7. Vgl. in diesem Zusammenhang die Kritik an der vom Statistischen Bundesamt vorgenommenen Definition eines „Migrationshintergrunds“ bei Löffler, Berthold: Integration in Deutschland. Zwischen Assimilation und Multikulturalismus, München 2011, S. 274.

² Vgl. dazu Mayer, Tilman: Die demographische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung, Frankfurt a.M. 1999.

³ Kronenberg, Volker: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, die notwendig ist: Leitkultur, Verfassung, Patriotismus – was eint uns?, in: Vogel, Bernhard (Hrsg.): Was eint uns? Verständigung einer Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen, Freiburg 2008, S. 188-209, S. 192.

⁴ Vgl. Lammert, Norbert (Hrsg.): Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2006.

⁵ Vgl. dazu beispielhaft Leggewie, Claus: Multi Kult. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, 3. Aufl., Nördlingen 1993.

⁶ Vgl. dazu beispielhaft Isensee, Josef: Wiederentdeckung deutscher Identität. Verfassungstheoretische Anmerkungen zur Leitkultur, in: Grote, Rainer (Hrsg.): Die Ordnung der Freiheit. Festschrift für Christian Starck zum siebzigsten Geburtstag, Tübingen 2007, S. 55-72.

anmahnte und in diesem Kontext von einer „freiheitlichen deutschen Leitkultur“⁷ sprach, an der sich jene orientieren sollten, reichen ihre zeithistorischen Ursachen und Wurzeln deutlich weiter zurück. Denn bereits seit Mitte der 1950er Jahre und insbesondere seit den 1970er Jahren nahmen Teilbereiche des zur damaligen Zeit allgemein noch unter dem Begriff „Ausländerpolitik“ subsumierten Politikfeldes rund um die Beziehungen des deutschen Staates zu den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Bürgern ausländischer Herkunft nach und nach einen immer wichtigeren Platz auf der innenpolitischen Agenda ein. Stand hierbei zunächst allein der Umgang mit den im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegszeit angeworbenen „Gastarbeitern“ im Vordergrund, so konzentrierte sich die politische Debatte in den 1980er und 1990er Jahren auf die Asylgesetzgebung, den Aspekt zukünftiger Zuwanderung und vor allem auf die Frage der *dauerhaften* Integration von inzwischen bereits seit längerer Zeit in Deutschland lebenden Ausländern und ihren Nachkommen.⁸

In einem Spannungsfeld zwischen älteren Begriffen wie „Nation“, „Kultur“ oder „Identität“⁹ und den zumindest im deutschen Kontext lange Zeit weitgehend unbekanntem Termini „multikulturelle Gesellschaft“ oder „Einwanderungsland“¹⁰ stellten alle wichtigen Fragen der Ausländer- und Integrationspolitik gerade im Lichte der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945, vor der Folie also des aus Hass auf unterschiedliche Minderheiten und das jeweils „Anderer“ gespeisten „deutschen Menschheitsverbrechen[s], für das der Name Auschwitz steht“¹¹, zugleich stets auch Fragen nach dem kulturellen bzw. nationalen Selbstverständnis Deutschlands und dessen historisch-moralischer Legitimität dar. Infolgedessen waren ausländerpolitische Diskussionen in der Regel durch einen überaus emotionalen Tonfall gekennzeichnet.¹²

Diese ohnehin schon zu beobachtende Tendenz verstärkte sich im Anschluss an Friedrich Merz' „Leitkultur“-Plädoyer nochmals. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) attestierte den Unionsparteien – wo die Aussage ihres Fraktionsvorsitzenden keinesfalls geschlossen

⁷ Merz, Friedrich: Einwanderung und Identität, in: Die Welt vom 25. Oktober 2000.

⁸ Vgl. dazu grundlegend Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2003.

⁹ Vgl. zu den drei Begriffen exemplarisch Löffler: Integration in Deutschland, S. 44, S. 135 sowie S. 144ff. Vgl. zum Nationsbegriff Kronenberg, Volker: Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation, 2. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 36ff. Vgl. zum Begriff der „kulturellen Identität“ Hörnle, Tatjana: Strafrechtliche Verbotsnormen zum Schutz von kulturellen Identitäten, in: Dreier, Horst/Hilgendorf, Eric (Hrsg.): Kulturelle Identität als Grund und Grenze des Rechts. Akten der IVR-Tagung vom 28.-30. September 2006 in Würzburg, Stuttgart 2008, S. 315-337, S. 317. Vgl. zum Terminus „Identität“ paradigmatisch Lübke, Hermann: Identität und Kontingenz, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (Hrsg.): Identität, München 1979, S. 655-659.

¹⁰ Vgl. zu beiden Termini exemplarisch Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik, S. 322ff.

¹¹ Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band II: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 478.

¹² Vgl. dazu paradigmatisch in Bezug auf die Debatte um die Asyl- und Ausländergesetzgebung im Übergang zu den 1990er Jahren Lersch, P./Petersen, O.: Wettrennen in Schübigkeit. Burkhard Hirsch (FDP) und Edmund Stoiber (CSU) über das Asylrecht, in: Der Spiegel (45) 1990; vgl. dazu ebenfalls Prantl, Heribert: Die Saat geht auf: Ausländerhaß, in: SZ vom 8. Februar 1989.

gutgeheißen wurde¹³ – einen „Marsch nach rechts“¹⁴, während sein Parteikollege Wolfgang Clement befand, dass eine „deutsche Leitkultur kein Kriterium“¹⁵ sei. Vertreter der FDP kritisierten die „Leitkultur“ als einen bewusst gewählten „Kampfbegriff“¹⁶, der einen Überlegenheitsanspruch suggeriere, welcher in Widerspruch zu Toleranz und Weltoffenheit der Gesellschaft stehe; für PDS-Politiker war der Terminus indes Ausdruck „nationaler Borniertheit“¹⁷. Am prononciertesten äußerten sich jedoch die Grünen, wo die „Leitkultur“ zu Recht vor allem als Gegenmodell zu ihrem seit langer Zeit verfolgten Ideal des „Multikulturalismus“ wahrgenommen wurde. Im Lichte dessen bezeichneten sie Merz' Aussagen u.a. als ein „Feuerwerk des Rassismus“¹⁸ und als allgemeine „Stimmungsmache gegen Ausländer“¹⁹. Als Merz schließlich von außerhalb des Parlaments ungewollte Unterstützung von Seiten der rechtsextremen „Republikaner“ erhielt²⁰, gab dies der scharfen Kritik an der Union von den übrigen im Bundestag vertretenen Parteien zusätzlich Nahrung. In der politischen Auseinandersetzung war die Atmosphäre nun derart aufgeladen, dass mancher Beobachter gerade zwischen CDU/CSU einerseits und den Grünen andererseits – nicht zuletzt im Wissen um ihren bereits seit vielen Jahren bestehenden ausländer- und integrationspolitischen Antagonismus²¹ – gar einen „Weltanschauungskrieg“²² konstatierte. Mehr als von einer sachbezogenen Diskussion über unterschiedliche Konzepte war die Debatte dabei von einem Streit über ein dichotomisches Begriffspaar geprägt. „Multikulturalismus“ versus „Leitkultur“ – „die Fronten schienen klar“²³.

Doch auch wenn die parteipolitische Auseinandersetzung primär die begriffliche Oberfläche betraf, bildete sie dennoch einen Wendepunkt. Denn während sich der politische Umgang mit Menschen ausländischer Herkunft bislang zumindest überwiegend auf rechtliche Fragen, zuvörderst auf das Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht, konzentriert hatte, begann sich das Augenmerk nun auf die gesellschaftlichen, namentlich sozio-

¹³ Vgl. dazu Feldmeyer, Karl: Merkel sieht sich zunehmend in Konkurrenz zu Merz, in: FAZ vom 26. Oktober 2000.

¹⁴ So Gerhard Schröder zitiert nach Bornhöft, Petra et al.: Stolze schwarze Deutsche, in: Der Spiegel (44) 2000.

¹⁵ So Wolfgang Clement zitiert nach ebd.

¹⁶ So der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle zitiert nach Pragal, Peter: Taktische Absetzbewegung, in: BZ vom 31. Oktober 2000.

¹⁷ So äußerte sich die stellvertretende PDS-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Petra Pau. Vgl. o.A.: Zentralrat der Juden: Zuwanderung ist kein Wahlkampfthema, in: <http://www.rp-online.de/politik/zentralrat-der-juden-zuwanderung-ist-kein-wahlkampfthema-1.2266802>.

¹⁸ So formulierte es der rechtspolitische Sprecher der Grünen im Deutschen Bundestag, Volker Beck. Vgl. o.A.: Zuwanderung – Merkel: Aus der Einwanderungsdebatte darf keine Personaldiskussion werden, in: Tagesspiegel vom 22. Oktober 2000.

¹⁹ So äußerte sich die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, die Grünen-Politikerin Marieluise Beck. Vgl. o.A.: „CDU-Zuwanderungskampagne kann verheerend sein“, in: <http://www.rp-online.de/politik/cdu-zuwanderungskampagne-kann-verheerend-sein-1.2266776>.

²⁰ Vgl. dazu Pragal: Taktische Absetzbewegung.

²¹ Schon seit den frühen 1980er Jahren verlief bei Fragen der Ausländerpolitik die Hauptkonfliktlinie innerhalb des deutschen Parteienspektrums zwischen den Unionsparteien und den Grünen.

²² Sommer, Theo: Einwanderung ja, Ghettos nein, in: Die Zeit (47) 2000.

²³ Kronenberg: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, S. 190.

kulturellen und sozio-moralischen Implikationen kultureller Heterogenisierung zu verschieben. In diesem Kontext emanzipierte sich die Integrationspolitik, welche bislang „nur“ einen Teilbereich der Ausländerpolitik dargestellt hatte, und wurde zu einem eigenständigen Politikfeld.²⁴ Infolgedessen wurde und wird seitdem in der deutschen Öffentlichkeit immer weniger über *Ausländer-*, umso intensiver jedoch über Fragen der *Integrationspolitik* debattiert.

Nachdem das Thema Integration im Anschluss an die heftige innenpolitische Auseinandersetzung Ende 2000 gleichwohl wieder etwas in den Hintergrund gerückt war, währte diese Entwicklung nicht lange. So warfen u.a. die religiös bedingte Ermordung des niederländischen Regisseurs Theo van Gogh und der so genannte „Ehrenmord“ an der Deutsch-Türkin Hatun Sürücü in den Jahren 2004 und 2005 die Frage nach einem „Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen“²⁵, den eine Gesellschaft im Spannungsfeld unterschiedlicher kultureller Überzeugungen benötigt, um friedlich existieren zu können – also nach ihrem gelebten, zumindest aber respektierten *Ethos* – abermals auf. Auch deshalb brachte der neu gewählte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) den Begriff „Leitkultur“ 2005 wieder in die politische Diskussion ein. Sein Ziel hierbei war es, den Diskurs um „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“ im Rahmen einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die „normativen Grundlagen unseres demokratischen Staates und seiner Verfassungsordnung“²⁶ vom „Schlagwort zur Sache“²⁷ übergehen zu lassen. Nicht nur blieb die „politische Empörung“²⁸ nun weitgehend aus, sondern vor allen Dingen verschwand die Integrationsdebatte dieses Mal nicht wieder nach einiger Zeit aus dem Fokus der politischen Öffentlichkeit; vielmehr bezeichnete der neue Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) Integration wenig später als das „wichtigste Thema“²⁹ der gesamten Legislaturperiode.

Wie sehr Fragen der Integration die Gemüter bis heute bewegen, zeigte sich in jüngerer Vergangenheit vor allem bei den Kontroversen um die Publikationen des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD)³⁰, in welchen sich dieser sehr kritisch mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der bisherigen Einwanderung gerade aus muslimisch geprägten Ländern auseinandergesetzt hat. Die für einige Beteiligten bisweilen „hyste-

²⁴ Vgl. zum traditionellen Zusammenhang des soziologischen Integrationsbegriffs mit der Werte- und Kulturbene einer Gesellschaft die Begriffsbestimmung von „Integration“, in: Brockhaus-Enzyklopädie in 24 Bänden, Band 9, 19., völlig Neubearb. Aufl., Mannheim 1989, S. 552.

²⁵ So formulierte es Bundestagspräsident Norbert Lammert in einem Interview. Vgl. Schossig, Rainer Berthold: Lammert plädiert für neue Leitkultur-Debatte, in: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/430815/>.

²⁶ Lammert, Norbert: Gewissheiten und Zweifel. Zur deutschen Debatte über einen umstrittenen Begriff und einen wachsenden Konsens, in: Ders.: *Verfassung – Patriotismus – Leitkultur*. S. 134-145, S. 138.

²⁷ Vgl. Stiftung Haus der Geschichte (Hrsg.): *Leitkultur*. Vom Schlagwort zur Sache. Symposium „Leitkultur – vom Schlagwort zur Sache“ am 3. Mai 2006, Bonn 2006.

²⁸ Zschaler, Mathias: Ohne Schleier, in: *Die Welt* vom 22. November 2004.

²⁹ So Wolfgang Schäuble zitiert nach Hermani, Gabriele: *Die deutsche Islamkonferenz 2006-2009. Der Dialogprozess mit den Muslimen in Deutschland im öffentlichen Diskurs*, Berlin 2010, S. 34.

³⁰ Vgl. Sarrazin, Thilo: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010.

risch³¹ anmutenden Auseinandersetzungen um Sarrazins Einschätzungen beherrschten die politisch-mediale Szenerie über Monate und in einem Ausmaß, welches in der Tat vermuten lässt, dass, wie es der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz kürzlich formulierte, Integration „das Mega-Thema der kommenden Jahre“³² darstellen wird. Zugleich spiegelte sich in jüngeren Aussagen der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und den Grünen noch einmal wie in einem Brennglas, dass das Gegensatzpaar „Multikulturalismus“/„Leitkultur“ inzwischen zu Synonym und Referenzpunkt der deutschen Debatte um Integration geworden ist.³³

2. Erkenntnisinteresse und politikwissenschaftlicher Ansatz

Für eine der Relevanz des Themengebietes „Integration“ in der heutigen Zeit gerecht werden, zeithistorisch fundierte Untersuchung der Hintergründe, Entwicklungen und Zusammenhänge von Integrationsleitbild und Integrationspolitik der im Deutschen Bundestag der 17. Wahlperiode vertretenen Parteien erscheint zunächst eine Klärung der für die Debatte zentralen und in ihr omnipräsenten Begriffe wie „Multikulturalismus“, „Leitkultur“, „Pluralismus“, „Integration“, „Assimilation“ oder „Verfassungspatriotismus“ im Rahmen einer politisch-theoretischen und ideengeschichtlichen Einordnung geboten. Umso mehr gilt dies, als davon auszugehen ist, dass jene im einschlägigen Integrationsdiskurs mitunter zu beobachtende „[b]abylonische Sprachverwirrung“³⁴ eine offene und vor allem zielgerichtete Diskussion über eine bedeutsame gesellschaftliche Zukunftsfrage insgesamt behindert.³⁵ Vor einer solchen Folie – mit anderen Worten: im Lichte der einleitend darzuliegenden Debatte um das sozio-moralische Fundament der Bundesrepublik Deutschland – werden anschließend das

³¹ Vgl. o.A.: Bosbach (CDU) kritisiert „hysterische“ Debatte, in: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/sarrazin-bosbach-cdu-kritisiert-hysterische-debatte_aid_548296.html. Vgl. als mögliches Sinnbild der monierten „Hysterie“ die mit den hohen Verkaufszahlen von Sarrazins Buch begründete Qualifizierung Deutschlands als „Land der Niedertracht“ bei Augstein, Jakob: Im Land der Niedertracht, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,739073,00.html>.

³² So Dieter Wiefelspütz zitiert nach o.A.: Bosbach (CDU) kritisiert „hysterische“ Debatte.

³³ Während die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel den „Ansatz für Multikulti“ für „gescheitert“ erklärte [vgl. o.A.: Merkel erklärt Multikulti für gescheitert, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,723532,00.html>], betonte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, dass die Union weiterhin für eine „deutsche Leitkultur“ eintrete [vgl. o.A.: Seehofer und Merkel befeuern Leitkultur-Debatte, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,723466,00.html>]. Die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth hingegen argumentierte, dass Multikulturalität „längst deutsche Realität“ sei [vgl. o.A.: Claudia Roth: Multikulti ist Realität, in: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/claudia-roth-multikulti-ist-realiaet-1.2292114>].

³⁴ Mintzel, Alf: Multikulturelle Gesellschaften in Europa und Nordamerika. Konzepte – Streitfragen – Analysen – Befunde, Passau 1997, S. 176.

³⁵ Vgl. dazu vor allem Mammey, Ulrich: Der Integrationsbegriff in der deutschsprachigen Sozial- und Politikwissenschaft, in: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden 2005, S. 23-49.

normative Integrationsleitbild und die praktische Integrationspolitik der Bundestagsparteien analysiert.

Die besondere Bedeutung, welche Parteien im Kontext der übergeordneten Frage nach der Notwendigkeit einer *Sozio-Moral* innerhalb eines freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates besitzen, ergibt sich daraus, dass ihnen in modernen demokratischen politischen Systemen u.a. die elementare Aufgabe³⁶ zukommt, eine „intermediäre“ Stellung³⁷ zwischen Gesellschaft und Staat einzunehmen bzw. eine „organisierende Mittlerinstanz“³⁸ zu bilden.³⁹ Hieraus folgt, dass Parteien für die Integration demokratischer Gesellschaften de facto unerlässlich sind.⁴⁰

Konzipiert ist die vorliegende Arbeit als Verbindung einer ideengeschichtlichen bzw. politisch-theoretischen Untersuchung auf der einen mit einer Politikfeldanalyse auf der anderen Seite. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich beide Bereiche wahllos überschneiden; vielmehr ist die Arbeit sowohl schematisch als auch hinsichtlich des politikwissenschaftlichen Ansatzes in zwei unterschiedliche Komplexe geteilt.

Mit Blick auf die *politisch-theoretische bzw. ideengeschichtliche Einordnung* der mit dem Gegensatzpaar „Multikulturalismus“/„Leitkultur“ titulierten Debatte um Integration in Deutschland ist anzumerken, dass die Untersuchung in einem *normativen* Zusammenhang erfolgt. Angeknüpft wird damit an jenes von Herfried Münkler in Erinnerung gerufene⁴¹ genuin Eigenständige im Wirkungsbereich der Politischen Wissenschaft: Denn indem Politische Wissenschaft als „praktische Wissenschaft“⁴² zur systematischen Explikation der sozio-moralischen Funktions- und Bestandsvoraussetzungen sowie Ermöglichungsbedingungen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung verstanden wird, entzieht sie sich infolge der un-

³⁶ Vgl. zu den wichtigsten Funktionen von Parteien in einer freiheitlichen Demokratie exemplarisch Jun, Uwe: Parteienforschung, in: Andersen, Uwe (Hrsg.): Parteien in Deutschland. Krise oder Wandel?, Schwalbach am Taunus 2009, S. 11-38, bes. S. 13-17 passim.

³⁷ Schmid, Josef: Parteien, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5., aktual. Aufl., Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2003, S. 462-466, S. 462.

³⁸ Andersen, Uwe: Einleitung: Parteien – zentrale Akteure des politischen Systems, in: Ders.: Parteien in Deutschland, S. 5-10, S. 5.

³⁹ Laut § 1 Abs. 2 des deutschen Parteiengesetzes haben Parteien die Aufgabe, für eine „ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen“ zu sorgen. Vgl. von Alemann, Ulrich/Spier, Tim: Die deutschen Parteien unter veränderten Rahmenbedingungen, in: Andersen: Parteien in Deutschland, S. 39-61, S. 42.

⁴⁰ Vgl. dazu auch die Einschätzung des britischen Historikers James Bryce bezüglich der Funktion von Parteien in modernen Demokratien bei Putnam, Robert D.: Die Symptome der Krise. Die USA, Europa und Japan im Vergleich, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 52-80, S. 63. Generell kann davon ausgegangen werden, dass die Bedeutung von Parteien in parlamentarischen Systemen wie der Bundesrepublik Deutschland noch größer ist als in präsidentiellen Systemen. Vgl. dazu exemplarisch Andersen: Einleitung, S. 6.

⁴¹ Vgl. Münkler, Herfried: Die Moral der Politik. Politik, Politikwissenschaft und die sozio-moralische Dimension politischer Ordnungen, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt 1994, S. 228-242, S. 238f.

⁴² Vgl. dazu Hennis, Wilhelm: Politik als praktische Wissenschaft, München 1968. Vgl. überdies in Anlehnung an Hannah Arendt die Bezeichnung der Politischen Wissenschaft als „Weltwissenschaft“ bei Breier, Karl-Heinz: Hannah Arendt zur Einführung, 3. Aufl., Hamburg 2005, S. 54ff.

trennbaren Verbindung von empirischen mit normativen Fragen eigentlich jener ursprünglich an Modelle der Ökonomie und Soziologie angelehnten streng wissenschaftlichen Betrachtungsweise, welche dem Fach jedoch seit Ende der 1960er Jahre immer stärker ihren Stempel aufgedrückt hat.⁴³ Die Folge dieser Entwicklung war, wie Münkler unterstreicht, dass die sozialmoralische Dimension politischer Gemeinwesen, in der sich die Frage nach den tatsächlichen Erwartungen und Dispositionen der Bürger – welche mittels wissenschaftlich-empirischer Methoden zu beantworten ist – mit der Frage nach der Zulässigkeit dieser Erwartungen und der Erfordernis bestimmter Einstellungen unter den Bedingungen einer auf der Freiheit der Bürger gründenden Demokratie – was eine *normative* Frage ist⁴⁴ – unmittelbar verbindet, zunehmend in den Hintergrund politikwissenschaftlicher Probleme getreten ist.⁴⁵ Eine solche „Engführung“⁴⁶ der Politischen Wissenschaft soll hier auch in Anlehnung an jenes berühmte Diktum Alexis de Tocquevilles bezüglich der normativen Ansprüche an die Politische Wissenschaft in einer modernen Demokratie⁴⁷ bewusst vermieden werden.⁴⁸

⁴³ Vgl. Münkler: Die Moral der Politik, S. 238.

⁴⁴ Vgl. dazu die Erläuterungen aus rechtswissenschaftlicher Perspektive bei Stern, Klaus: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band I: Grundbegriffe und Grundlagen des Staatsrechts. Strukturprinzipien der Verfassung, 2., völlig neu bearb. Aufl., München 1984, S. 53: „Politikwissenschaft ist [...] nicht bloß Wirklichkeitsanalyse, empirische Forschung (who gets what, when, how), sondern als politische Selbstreflexion zugleich eine Lehre von der richtigen politischen Ordnung. [...] Aus diesem Grund muß die Politikwissenschaft ihren Gegenstand nicht nur erklären und beschreiben, sondern zugleich eine Orientierungshilfe bieten und die Legitimitätskriterien der Politik prüfen.“ Damit ethische Forderungen gestützt werden können, bedarf es der Anwendung von „Brückenprinzipien“, durch die Normen und Werte mit Erkenntnisaussagen verknüpft werden [vgl. dazu „Brückenprinzipien“, in: Niemann, Hans-Joachim: Lexikon des Kritischen Rationalismus, Tübingen 2004, S. 46]. Vgl. überdies den Hinweis auf die forschungspragmatische Verflochtenheit von „Sein“ (empirisch) und „Sollen“ (normativ-ontologisch bzw. „rahmentheoretisch“), um dem Entdeckungs-, Begründungs- und Verwertungszusammenhang bestmöglich gerecht zu werden, bei Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 22: „Die These von der sowohl empirischen als auch normativen Rahmentheorie bedeutet allerdings nicht, die Sphären von Sein und Sollen gerieten notwendigerweise in heilloser Durcheinander. Eine wissenschaftliche Analyse muss sich vielmehr um eine Trennung beider Bereiche bemühen. Dies hat auch den Zweck, gewollte und begründete Wertausagen von unbeabsichtigt und unfundiert einfließenden abzusondern. Während Aussagen über das Seiende wahrheitsfähig und somit wahr oder falsch sind, können Werturteile nur zweckmäßig oder unzweckmäßig (im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel) sein.“ Hieran orientiert sich die vorliegende Arbeit. Vgl. zu dieser Vorgehensweise auch grundrätzlich Klump, Andreas: Erkenntnis, kritische Rationalität und Verteidigung der Demokratie. Zur Theorie und Entwicklung der offenen Gesellschaft und ihrer Feinde, in: <http://www.schmidt-salomon.de/bruno/Archiv/KlumpOG.pdf>.

⁴⁵ Vgl. Münkler: Die Moral der Politik, S. 238f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung, 5. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 421f.

⁴⁶ Kronenberg: Patriotismus in Deutschland, S. 20.

⁴⁷ Vgl. das aus dem Jahr 1835 stammende Diktum bei de Tocqueville, Alexis: Über die Demokratie in Amerika (hrsg. von J.P. Mayer in Gemeinschaft mit Theodor Eschenburg und Hans Zbinden), Stuttgart 1959, S. 9: „Die Demokratie befehlen, wenn möglich ihren Glauben erleben, ihre Sitten läutern, ihre Bewegungen ordnen, nach und nach ihre Unerfahrenheit durch praktisches Wissen, die blinden Regungen durch die Kenntnis ihrer wahren Vorteile ersetzen; ihre Regierungsweise den Umständen der Zeit und des Ortes anpassen; sie je nach Verhältnissen und Menschen ändern; das ist die Pflicht, die heute den Lenkern der Gesellschaft auferlegt ist. Eine völlig neue Welt bedarf einer neuen politischen Wissenschaft.“

⁴⁸ Vgl. dazu auch die prononcierte Aussage bei Sternberger, Dolf: Anmerkungen beim Colloquium über „Patriotismus“ in Heidelberg am 6. November 1987, in: Ders.: Verfassungspatriotismus. Schriften X (hrsg. von Peter Haungs u.a.), Frankfurt a.M. 1990, S. 32-38, S. 38: „Das Tabu der Wertfreiheit hat uns nicht ge-

Ins Blickfeld rückt vor dieser Folie das bedeutsame Wort von Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, sondern die von der „moralischen Substanz“⁴⁹ seiner Bürger abhängen. Ob dieses „Böckenförde-Paradoxon“ fälschlicherweise inzwischen als *locus communis* gilt, wie aus liberaler Perspektive eingewendet wird⁵⁰, und das normative Fundament einer freiheitlich-demokratischen Ordnung womöglich gerade darin besteht, dass kein verbindliches sozio-moralisches Fundament notwendig bzw. wünschenswert erscheint, ist im Rahmen der vorliegenden Untersuchung zu klären.

Zugrunde gelegt wird dabei im Folgenden ein ganz bestimmter, *substantieller Demokratiebegriff*, wie ihn Axel Görlietz und Karl Dietrich Bracher exemplarisch konturiert haben. Demnach nimmt die Demokratie „nicht nur als formales, sondern zugleich als materiales Prinzip“⁵¹ Gestalt an, d. h. sie erschöpft sich nicht allein in einem Katalog demokratischer Spielregeln oder betrachtet Mehrheitsfähigkeit als „einzige Bedingung, die die Demokratie an politische Ziele stellt“⁵², sondern sie ist zugleich *konstitutiv an bestimmte auch auf formalem Weg nicht zur Disposition stehende Inhalte gebunden*. Konkret sind dies, wie Bracher es im Rahmen einer Theorie der Demokratie formuliert hat, die den engen und zugleich doch spannungsvollen Zusammenhang von Geist, Politik und Moral zum Ausdruck bringt, zuvörderst die „Wahrung von Freiheit und Menschenrechten“⁵³. Jene inhaltliche Präzisierung ergibt sich vor allem aus der Tatsache, dass es die „alte politisch-anthropologische Grundfrage nach dem Wert des Einzelmenschen und einem zugleich freiheitlich gemeinschaftsbezogenen Menschenbild (bleibt), die Idee des ‚Zoon politikon‘ als Person, die der europäischen Herkunft der

schreckt und soll uns nicht schrecken. Es genügt, denke ich, der Wahrheit nachzustreben – mit Methode! –, nicht allein der Wahrheit dessen, was ist und was gewesen ist, sondern auch der Wahrheit dessen, was sein darf und was sein soll.“

⁴⁹ Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Ders.: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt a.M. 2006, S. 92-114, S. 112f. Dort heißt es: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ [Hervorhebung im Original; M.O.]

⁵⁰ Vgl. Pinzani, Alessandro: Brauchen wir Bürgertugenden oder demokratischere Institutionen? Gegen einige Irrtümer des Republikanismus, in: Berliner Debatte Initial (1) 2003, S. 34-44, S. 34.

⁵¹ Görlietz, Axel: Demokratie im Wandel, Köln 1969, S. 27.

⁵² So hingegen die Auffassung bei Becker, Werner: Die Freiheit, die wir meinen. Entscheidung für die liberale Demokratie, München 1982, S. 80. Vgl. zu unterschiedlichen Interpretationen des Demokratiebegriffs knapp Schlumberger, Oliver: Sind Islam und Demokratie vereinbar? Das schwierige Verhältnis von Religion und Staat, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat, S. 205-211, S. 206.

⁵³ Bracher, Karl Dietrich: Das Ethos der Demokratie, in: Ders.: Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987-1992, München 1995, S. 259-271, S. 271. An einer anderen Stelle nennt Bracher neben Freiheit und Menschenrechten die soziale Gerechtigkeit als dritten Grundwert „der westlichen Zivilisation“, auf welchem die substantielle, wertbetonte und -gebundene Demokratie basiere. Vgl. ebd., S. 267.

Demokratie das Gepräge gibt. Sie ist eine ‚schwere Ideologie‘ (Eva Reichmann), die schwer zu vermittelnde, schwierige, anspruchsvolle, im tiefsten Grunde antiideologische Einsicht, daß eben *nicht* der Zweck die Mittel heiligt und daß die Würde des Menschen und der Schutz gegen Machtmißbrauch höher steht als noch so hoch erhobene Ziele.⁵⁴ Vor diesem Gesamthintergrund ist fortan stets nicht allein zu betrachten, ob die Wahrung von Freiheit und Menschenrechten sowie die Bewahrung einer demokratischen Ordnung angestrebt werden, sondern immer auch, ob bzw. inwieweit mit einem solchen Anspruch seine praktische Verwirklichbarkeit korrespondiert und dem soeben skizzierten substantiellen Demokratiebegriff tatsächlich Genüge geleistet wird.

Angesichts der in den vergangenen Jahrzehnten in größerem Umfang erfolgten Zu- und Einwanderung nach Deutschland⁵⁵ sowohl aus „westlichen“⁵⁶ Ländern wie auch aus nicht-„westlichen“ Kulturkreisen und diesbezüglich generell davon ausgehend, dass *Werte* mit dem *kulturellen Kontext* untrennbar verwoben sind⁵⁷, kommt einer Betrachtung der sozio-moralischen Funktions- und Bestandsvoraussetzungen sowie Ermöglichungsbedingungen einer der individuellen Freiheit verpflichteten demokratischen Ordnung heute eine besondere Bedeutung zu. Jene sozio-moralische Dimension der kulturell vielfältiger werdenden Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland steht daher bei der politisch-theoretischen Analyse im Zentrum eines auf das „Ethos der Demokratie“ gerichteten Erkenntnisinteresses.⁵⁸

Darauf aufbauend werden im zweiten Komplex dieser Untersuchung im Sinne des politikwissenschaftlichen Ansatzes der *Politikfeldanalyse* bzw. *Policy analysis* Integrationsleitbild und Integrationspolitik der im Deutschen Bundestag der 17. Wahlperiode vertretenen Parteien in Augenschein genommen.⁵⁹ Unmittelbar verbunden ist dieser Ansatz mit jener aus der angelsächsischen Politikwissenschaft übernommenen Begriffs-Trias *Polity*, *Politics* und *Policy*.⁶⁰ Der Begriff *Polity* meint dabei den politisch-strukturellen Handlungsrahmen, insbe-

⁵⁴ Ebd., S. 271 [Hervorhebung im Original; M.O.]. Zugleich ist die Demokratie, wie Bracher unterstreicht, die immer fragile, stets angefochtene Staatsform der Selbstbeschränkung, der Einsicht in die Unvollkommenheit des Menschen, so wie die Diktatur die Herrschaftsform seiner ideologischen Überhöhung ist. Vgl. ebd.

⁵⁵ Vgl. dazu grundlegend Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik*.

⁵⁶ Vgl. in diesem Kontext bezüglich der „westlichen“ Werte paradigmatisch Winkler, Heinrich August: Was heißt westliche Wertegemeinschaft?, in: Ders.: *Auf ewig in Hitlers Schatten? Anmerkungen zur deutschen Geschichte*, München 2007, S. 180-201. Vgl. dazu außerdem Popper, Karl R.: *Woran glaubt der Westen?*, in: Ders.: *Auf der Suche nach einer besseren Welt. Vorträge und Aufsätze aus dreißig Jahren*, 5. Aufl., München 1990, S. 231-253. Vgl. zum Begriff „Westen“ überdies abwägend Hildebrand, Klaus: *Das Dritte Reich*, 6., neubearb. Aufl., München 2003, S. 320f.

⁵⁷ Vgl. dazu grundlegend Schweitzer, Albert: *Kultur und Ethik*, in: Ders.: *Kulturphilosophie. Mit einem Nachwort von Claus Günzler*, München 2007, S. 75-343. Vgl. dazu ausführlich weiter unten Kap. I. 5.1.2, S. 28-31 passim.

⁵⁸ Vgl. zu dieser Vorgehensweise auch Kronenberg: *Patriotismus in Deutschland*, S. 20.

⁵⁹ Vgl. dazu exemplarisch Schubert, Klaus: *Politikfeldanalyse*, Opladen 1991. Vgl. dazu auch Schneider, Volker/Janing, Frank: *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*, Wiesbaden 2006. Vgl. dazu ebenfalls Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C.: *Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, 2., vollständig überarb. und erw. Aufl.*, München 2009.

⁶⁰ Vgl. dazu Rohe, Karl: *Politik. Begriff und Wirklichkeit. Eine Einführung in das politische Denken*, 2., völlig überarb. und erw. Aufl., Stuttgart 1994, S. 61ff. Vgl. dazu auch Schneider, Jan: *Modernes Regieren*

sondere in Form der staatlich-institutionellen Ordnung, in dem politisches Handeln stattfindet⁶¹; *Politics* bezeichnet die prozessuale Dimension der Politik, also die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im konflikthaften politischen Wettbewerb um Macht und Einfluss⁶²; *Policy* bezieht sich auf die inhaltliche bzw. materielle Ebene der Politik. Entsprechend werden bei einer Policy analysis vor allem die Resultate von politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen betrachtet.⁶³ Im Fokus steht hierbei üblicherweise ein bestimmtes politisches Themenfeld, z.B. die Finanzpolitik einer Regierung oder einer Partei.⁶⁴

Richtet sich die Aufmerksamkeit bei der Politikfeldanalyse folglich auf die *inhaltliche* Dimension der Politik, so ist diese angesichts des Zusammenhangs von politischen Zielvorstellungen, politischer Willensbildung, politischer Auseinandersetzung und politischen Ergebnissen gerade von der *prozessualen* Dimension der Politik in der Praxis kaum zu trennen.⁶⁵ Die *strukturell-institutionelle* Dimension bleibt demgegenüber als normative Rahmenbedingung politischen Handelns zumeist im Hintergrund. Auf sie ist dann explizit Bezug zu nehmen, wenn sie die anderen beiden Ebenen punktuell über das übliche Maß hinaus beeinflusst.⁶⁶

Ziel einer *empirischen Politikfeldanalyse*⁶⁷ von Integrationsleitbild und -politik der im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ist es demgemäß, Integrationsleitbild und Integrationspolitik der einzelnen Parteien unter besonderer Beachtung von Parteiprogrammatik, Gesetzesinitiativen und -beschlüssen, Einflüssen aus anderen Politikfeldern⁶⁸, innerparteilichem Meinungsbildungsprozess und parteipolitischer Auseinandersetzung auf der Basis der im politisch-theoretischen Teil der Untersuchung erarbeiteten Begrifflichkeiten und Zusammenhänge zu beleuchten. Geht es hierbei zunächst darum, die Positionen der Parteien seit den 1950er Jahren – bzw. im Falle von Bündnis 90/Die Grünen und im Falle der Partei „Die Lin-

und Konsens. Kommissionen und Beratungsregime in der deutschen Migrationspolitik, Diss., Wiesbaden 2010, S. 25ff.

⁶¹ Vgl. Rohe: Politik, S. 64f.

⁶² Vgl. ebd., S. 62.

⁶³ Vgl. ebd., S. 61ff. Rohe fasst zusammen, dass „Politik die Verwirklichung von Politik – *policy* – mit Hilfe von Politik – *politics* – auf der Grundlage von Politik – *polity* – ist.“ Ebd., S. 67 [Hervorhebung im Original; M.O.].

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 61. Vgl. dazu überdies Schubert: Politikfeldanalyse, S. 5.

⁶⁵ Vgl. Rohe: Politik, S. 64. Vgl. dazu ebenfalls Berg-Schlosser, Dirk/Stammen, Theo: Einführung in die Politikwissenschaft, 7., durchges. und erw. Aufl., München 2003, S. 216ff.

⁶⁶ Exemplarisch zu nennen wäre hier die Einschränkung, die sich bis 1990 aus dem grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebot für die in der deutschen Debatte um Integration bedeutsame Frage einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ergab. Vgl. dazu Mertens, Karsten: Das neue deutsche Staatsangehörigkeitsrecht – eine verfassungsrechtliche Untersuchung, Diss., Berlin 2004, S. 79-85 passim sowie S. 113. Gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wäre eine substantielle Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes nicht vereinbar gewesen. Vgl. in diesem Kontext auch die entsprechenden Ausführungen bei Schneider: Modernes Regieren und Konsens, S. 25ff.

⁶⁷ Dass die empirische Politikfeld-Analyse hier vor einem bewusst normativen Hintergrund geschieht, entspricht dem genuinen Selbstverständnis der Initiatoren der Politikfeldforschung. Vgl. dazu Berg-Schlosser/Stammen: Einführung in die Politikwissenschaft, S. 217.

⁶⁸ Beispielhaft zu erwähnen wäre hier die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Erwägungen für die Prämissen, unter denen Ausländer- und Integrationspolitik in den 1970er Jahren betrachtet wurde.

ke“ seit ihrer Entstehung – ausführlich chronologisch nachzuzeichnen, so steht doch der Zeitraum von der Bundestagswahl 1998, auf die sehr bald die Debatte über die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und die Kontroverse um das Gegensatzpaar „Multikulturalismus“/„Leitkultur“ folgten, bis zum Frühjahr 2013 im Mittelpunkt der Analyse.

Die Parteien werden dabei – mit Ausnahme der eine Fraktionsgemeinschaft bildenden CDU/CSU – unabhängig voneinander in Augenschein genommen. Auch wenn eine solche getrennte Betrachtung der einzelnen Parteien dazu führen muss, dass an manchen Stellen angesichts neuerlicher Bezugnahmen ein Gefühl der Wiederholung nicht vermieden werden kann – als Beispiel seien die jeweiligen Reaktionen auf Friedrich Merz‘ „Leitkultur“-Plädoyer im Oktober 2000 genannt –, so besitzt diese Vorgehensweise dennoch entscheidende Vorteile. Denn auf diese Weise wird nicht nur eine größere Übersichtlichkeit gewährleistet, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, die Entwicklung der Parteien unter dem Aspekt von Kontinuität und Wandel nachzuvollziehen. Außerdem kann deutlicher herausgearbeitet werden, unter welchen spezifischen Prämissen, seien es z.B. vorherrschende Werthaltungen, ein bestimmtes Nationsverständnis oder wirtschaftspolitische Erwägungen, die Integrationsthematik von den unterschiedlichen Parteien vor 1998 betrachtet wurde und damit eine für die jeweilige Partei charakteristische Folie konturiert werden, vor der der im Fokus der Untersuchung stehende Zeitraum seit 1998 analysiert wird. Ebenfalls zum Zwecke der Übersichtlichkeit werden die normativen Integrationsleitbilder der Parteien und die Haltungen der Parteien zu zentralen Aspekten der Integrationspolitik abschließend im Rahmen der Bilanz der vorliegenden Untersuchung verglichen.

Da Fragen der Integration in der Bundesrepublik Deutschland von den 1950er Jahren bis in die 1990er Jahre hinein in der Regel als Teilaspekte des übergeordneten Feldes der Ausländerpolitik wahrgenommen und daher üblicherweise in einem Zusammenhang mit Fragen der Zuwanderung und des Asylrechts diskutiert wurden, ist trotz des auf die integrationspolitische Ausrichtung der Parteien gerichteten Augenmerks mit Blick auf diese Periode im Folgenden zumeist von der *Ausländer- und Integrationspolitik* die Rede.

3. Forschungsstand und -literatur

Auswahl und Verwendung der Forschungsliteratur orientieren sich an den beiden im Mittelpunkt dieser Arbeit stehenden thematischen Komplexen. Hinsichtlich des ersten dieser Teile, welcher sich im Lichte der demokratietheoretischen Frage nach dem „Ethos der Demokratie“ auf die Begriffe „Multikulturalismus“, „Leitkultur“, „Pluralismus“, „Integration“, „Assimilation“ und „Verfassungspatriotismus“ konzentriert, bedeutet dies: Als zu Rate gezogene und verwendete Forschungsliteratur sind mit Blick auf die Genese der Termini „Multikulturalis-

mus“ und „Leitkultur“ vor allem die Beiträge von Rainer Geißler⁶⁹ und Bassam Tibi⁷⁰ zu nennen. Die definitorische Annäherung an die beiden Begriffe sowie an den „kulturellen Pluralismus“ erfolgt anhand der Texte von Claus Leggewie⁷¹, Dieter Oberndörfer⁷², Thomas Meyer⁷³, Josef Isensee⁷⁴, Berthold Löffler⁷⁵ sowie bezüglich des „Pluralismus“ im Allgemeinen anhand jener von Ernst Fraenkel⁷⁶, Robert Spaemann⁷⁷ und Giovanni Sartori⁷⁸. Die ideengeschichtliche Verortung der „Multikulturalismus“/„Leitkultur“-Debatte geschieht u.a. auf Basis der Werke von Michael Sandel⁷⁹, John Rawls⁸⁰ und Herfried Münkler⁸¹.

Besondere Beachtung bei der Beschäftigung mit den Begriffen „Integration“ und „Assimilation“ finden die Untersuchungen von Hartmut Esser⁸², Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny⁸³, Alf Mintzel⁸⁴, Hakkı Keskin⁸⁵ und Ulrich Mammey⁸⁶. Mit Blick auf die Debatte um so genannte „Parallelgesellschaften“ in Deutschland wird insbesondere auf die Forschungen von Johannes Kandel⁸⁷ und Thomas Meyer⁸⁸ zurückgegriffen. Die Analyse des „Islam in Deutschland“ geschieht u.a. unter Bezugnahme auf die Forschungsarbeiten von Christine

⁶⁹ Vgl. Geißler, Rainer: Multikulturalismus in Kanada – Modell für Deutschland?, in: APuZ (26) 2003, S. 19-25.

⁷⁰ Vgl. Tibi, Bassam: Leitkultur als Wertekonsens. Bilanz einer missglückten Debatte, in: APuZ (1-2) 2001, S. 23-26. Vgl. ders.: Europa ohne Identität? Leitkultur oder Wertebeliebigkeit, 3., aktual. Taschenbuchausgabe, München 2002.

⁷¹ Vgl. Leggewie: Multi Kulti (FN 5).

⁷² Vgl. Oberndörfer, Dieter: Leitkultur und Berliner Republik. Die Hausordnung der multikulturellen Gesellschaft Deutschlands ist das Grundgesetz, in: APuZ (1-2) 2001, S. 27-30.

⁷³ Vgl. Meyer, Thomas: Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt a.M. 2002.

⁷⁴ Vgl. Isensee: Wiederentdeckung deutscher Identität (FN 6).

⁷⁵ Vgl. Löffler: Integration in Deutschland (FN 1).

⁷⁶ Vgl. grundlegend Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Mit einem Nachwort über Leben und Werk Ernst Fraenkels (Hrsg. von Alexander v. Brünneck), erw. Ausgabe, Frankfurt a.M. 1991.

⁷⁷ Vgl. Spaemann, Robert: Bemerkungen zum Begriff des Fundamentalismus, in: Michalski, Krzysztof (Hrsg.): Die liberale Gesellschaft. Castelgandolfo-Gespräche 1992, Stuttgart 1993, S. 177-194.

⁷⁸ Vgl. Sartori, Giovanni: Pluralismo, Multiculturalismo e Estranei. Saggio sulla società multiethnica, 3. Aufl., Mailand 2007.

⁷⁹ Vgl. Sandel, Michael: Die verfahrensrechtliche Republik und das gebundene Selbst, in: Honneth, Axel (Hrsg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt a.M. 1993, S. 18-35.

⁸⁰ Vgl. Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1975. Vgl. ders.: Gerechtigkeit als Fairneß: politisch und nicht metaphysisch, in: Honneth: Kommunitarismus, S. 36-67.

⁸¹ Vgl. Münkler, Herfried: Politische Tugend. Bedarf die Demokratie einer sozio-moralischen Grundlegung?, in: Ders. (Hrsg.): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München 1992, S. 25-46.

⁸² Vgl. Esser, Hartmut: Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten, Frankfurt a.M./New York 2006. Vgl. ders.: Integration und das Problem der „multikulturellen Gesellschaft“, in: Mehrländer, Ursula/Schultze, Günther (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration, Bonn 2001, S. 64-91.

⁸³ Vgl. Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim: Integration, Assimilation und „plurale Gesellschaft“. Konzeptuelle, theoretische und praktische Überlegungen, in: Höhn, Charlotte/Rein, Detlef B. (Hrsg.): Ausländer in Deutschland, Boppard am Rhein 1990, S. 15-31.

⁸⁴ Vgl. Mintzel: Multikulturelle Gesellschaften, S. 176ff. (FN 34)

⁸⁵ Vgl. Keskin, Hakkı: Deutschland als neue Heimat. Eine Bilanz der Integrationspolitik, Wiesbaden 2005.

⁸⁶ Vgl. Mammey: Der Integrationsbegriff in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft (FN 35).

⁸⁷ Vgl. Kandel, Johannes: Organisiert Islam in Deutschland und gesellschaftliche Integration, in: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50372.pdf>.

⁸⁸ Vgl. Meyer, Thomas: Parallelgesellschaft und Demokratie, in: Ders./Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn 2002, S. 343-372.

Schirmmacher⁸⁹ und Mathias Rohe⁹⁰. Für den insbesondere im Lichte der deutschen Geschichte zu betrachtenden thematischen Zusammenhang von Staatsangehörigkeitsrecht, Nationsbegriff und Integration werden zuvörderst die zentralen Werke von Stefan Luft⁹¹, Volker Kronenberg⁹² und Dieter Gosewinkel⁹³ konsultiert. Zum Zwecke eines ergebnisorientierten Vergleichs unterschiedlicher integrations- und staatsangehörigkeitspolitischer Ansätze sind die Untersuchungen von Ruud Koopmans⁹⁴ von zentraler Bedeutung.

Der Blick auf den Diskurs über Verfassung, Patriotismus, Nation und Europa orientiert sich primär an dem Konzept des „Verfassungspatriotismus“, wobei hier sowohl die diesbezüglichen Texte von Dolf Sternberger⁹⁵ als auch jene von Jürgen Habermas⁹⁶ herangezogen werden. Für den Vergleich beider Autoren berücksichtigt werden in erster Linie die Schriften Volker Kronenbergs⁹⁷. Hervorzuheben für die Betrachtung des Ethos einer freiheitlich-pluralistischen Demokratie sind die wissenschaftlichen Beiträge von Karl Dietrich Bracher⁹⁸, Ernst-Wolfgang Böckenförde⁹⁹, Peter Graf Kielmansegg¹⁰⁰ und, bezüglich der streitbaren Demokratie, von Eckhard Jesse¹⁰¹ und Uwe Backes¹⁰².

Hinsichtlich des zweiten Teils der vorliegenden Arbeit, der Analyse von normativem Integrationsleitbild und konkreter Integrationspolitik der Bundestagsparteien, wird zum Zwecke der Einordnung in einen breiteren Kontext zunächst auf Gesamtdarstellungen über die jeweiligen Parteien zurückgegriffen. Bei den Unionsparteien sind dies vor allem die Arbeiten

⁸⁹ Vgl. Schirmmacher, Christine: Rechtsvorstellungen im Islam. Grenzen und Reichweite des Rechtssystems „Scharia“, dargestellt am Beispiel des Strafrechts sowie des Ehe- und Familienrechts, in: Dreier: Kulturelle Identität als Grund und Grenze des Rechts, S. 339-364.

⁹⁰ Vgl. Rohe, Mathias: Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart, München 2009.

⁹¹ Vgl. Luft, Stefan: Staatsangehörigkeitspolitik und Integration, in: Ders./Schimany, Peter (Hrsg.): Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven, Bielefeld 2010, S. 325-353. Vgl. darüber hinaus Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise, 2. Aufl., Gräfelting 2007.

⁹² Vgl. Kronenberg: Patriotismus in Deutschland (FN 9).

⁹³ Vgl. Gosewinkel, Dieter: Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2001.

⁹⁴ Vgl. Koopmans, Ruud: Der Zielkonflikt von Gleichheit und Diversität. Integration von Immigranten, Multikulturalismus und der Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich, in: Luft/Schimany: Integration von Zuwanderern, S. 55-93.

⁹⁵ Vgl. Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus, in: Ders.: Schriften X, S. 13-16. Vgl. ders.: Verfassungspatriotismus. Rede bei der 25-Jahr-Feier der „Akademie für Politische Bildung, in: Ders.: Schriften X, S. 17-31.

⁹⁶ Vgl. Habermas, Jürgen: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: Augstein, Rudolf et al. (Hrsg.): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München 1991, S. 62-76.

⁹⁷ Vgl. dabei insbesondere Kronenberg: Patriotismus in Deutschland, S. 189-215 passim.

⁹⁸ Vgl. Bracher: Das Ethos der Demokratie (FN 53).

⁹⁹ Vgl. Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Staatliches Recht und sittliche Ordnung, in: Ders.: Staat, Nation, Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie, Frankfurt a.M. 1999, S. 208-232.

¹⁰⁰ Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Ein Maß für die Größe des Staates, in: FAZ vom 2. Dezember 1992.

¹⁰¹ Vgl. Jesse, Eckhard: Demokratieschutz, in: Ders./Sturm, Roland: Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 449-474.

¹⁰² Vgl. Backes, Uwe: Extremismus und streitbare Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Vereinigung, in: Ders./Jesse, Eckhard: Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 283-304.

von Frank Bösch¹⁰³, Peter Haungs¹⁰⁴, Gerhard Hopp et al.¹⁰⁵ sowie Udo Zolleis¹⁰⁶; mit Blick auf die SPD sind hier insbesondere die Werke von Heinrich Potthoff und Susanne Miller¹⁰⁷, Franz Walter¹⁰⁸ sowie unter besonderer Beachtung der Haltung der SPD zur politischen Kategorie „Nation“ ein von Dieter Dowe herausgegebener Sammelband¹⁰⁹ zu nennen; hinsichtlich der FDP werden vor allem das Standard-Werk von Jürgen Dittberner¹¹⁰ sowie die Analyse von Peter Lösche und Franz Walter¹¹¹ konsultiert; im Hinblick auf die Partei „Die Linke“ zu nennen sind primär ein von Tim Spier et al. herausgegebener Sammelband¹¹² sowie die Gesamtbetrachtung der PDS von Gero Neugebauer und Richard Stöss¹¹³; bezüglich der Grünen besitzen die Arbeiten von Joachim Raschke¹¹⁴, Markus Klein und Jürgen W. Falter¹¹⁵ sowie Hubert Kleinert¹¹⁶ besondere Relevanz. Ebenfalls von Bedeutung für ein breiteres Verständnis der allgemeinen politischen Prämissen, unter denen die Integrationsthematik von den Parteien betrachtet wurde und wird, sind die Standard-Werke zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von Manfred Görtemaker¹¹⁷, Edgar Wolfrum¹¹⁸ und vor allem von Heinrich August Winkler¹¹⁹. Von grundsätzlicher Relevanz für die Analyse der sozio-kulturellen Veränderungsprozesse in der Bundesrepublik und deren Wechselwirkung mit den jeweiligen Entwicklungen der Parteien sind die Untersuchungen von Franz Walter¹²⁰.

Hierauf aufbauend erfolgt die Untersuchung vor allem anhand der jeweiligen Parteiprogrammatik, unter Bezug auf Gesetzesinitiativen und mit Blick auf die Haltung der Parteien

-
- ¹⁰³ Vgl. Bösch, Frank: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart/München 2002.
- ¹⁰⁴ Vgl. Haungs, Peter: *Die CDU: Prototyp einer Volkspartei*, in: Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1992, S. 172-216.
- ¹⁰⁵ Vgl. Hopp, Gerhard et al. (Hrsg.): *Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderung einer Volkspartei*, Wiesbaden 2010.
- ¹⁰⁶ Vgl. Zolleis, Udo: *Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit*, Wiesbaden 2008.
- ¹⁰⁷ Vgl. Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne: *Kleine Geschichte der SPD 1848-2002*, 8., aktual. Aufl., Bonn 2002.
- ¹⁰⁸ Vgl. Walter, Franz: *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002.
- ¹⁰⁹ Vgl. Dowe, Dieter (Hrsg.): *Sozialdemokratie und Nation in Geschichte und Gegenwart*, Bonn 1990.
- ¹¹⁰ Vgl. Dittberner, Jürgen: *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisationen, Perspektiven. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005.
- ¹¹¹ Vgl. Lösche, Peter/Walter, Franz: *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel*, Darmstadt 1996.
- ¹¹² Vgl. Spier, Tim et al. (Hrsg.): *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden 2007.
- ¹¹³ Vgl. Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: *Die PDS – Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, Opladen 1996.
- ¹¹⁴ Vgl. Raschke, Joachim: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993. Vgl. ders.: *Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“*, Frankfurt a.M. 2001.
- ¹¹⁵ Vgl. Klein, Markus/Falter, Jürgen W.: *Der lange Weg der Grünen*, München 2003.
- ¹¹⁶ Vgl. Kleinert, Hubert: *Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei*, Bonn 1992.
- ¹¹⁷ Vgl. Görtemaker, Manfred: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M. 2004.
- ¹¹⁸ Vgl. Wolfrum, Edgar: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.
- ¹¹⁹ Vgl. Winkler: *Der lange Weg nach Westen II* (FN 11).
- ¹²⁰ Vgl. exemplarisch Walter: *Die SPD*. Vgl. zudem ders.: *Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*, Bielefeld 2010. Vgl. ferner ders.: *Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken*, in: Spier: *Die Linkspartei*, S. 325-337.

zu herausgehobenen Fragen der Integrationspolitik, z.B. zu den Aspekten des Spracherwerbs und des Staatsangehörigkeitsrechts. Ein besonderes Interesse gilt dabei den parteiinternen Meinungsbildungsprozessen, welche sowohl mit Hilfe ausländer- und integrationspolitischer Gesamtdarstellungen¹²¹ als auch unter Rückgriff auf die einschlägige Tages- und Wochenpresse beleuchtet werden. Gleiches gilt für die Analyse der Einflüsse von Auseinandersetzungen mit anderen Parteien auf die Willensbildung innerhalb einer Partei.

Ausdrücklich zu erwähnen ist im Hinblick auf die jüngere Integrationsdebatte der im Jahr 2006 von Norbert Lammert herausgegebene Sammelband „Verfassung – Patriotismus – Leitkultur“¹²², in dem sich prominente Vertreter aller Bundestagsparteien zum Thema Integration äußern. Generell gilt es festzuhalten, dass die Relevanz der Tages- und Wochenpresse naturgemäß mit der Untersuchung zunehmend gegenwartsnäherer Entwicklungen merklich wächst. Von spezieller Bedeutung sind in dem Zusammenhang die Beiträge von Jörg Lau¹²³.

Der Umfang der wissenschaftlichen Forschungsliteratur über den ideengeschichtlichen und zeithistorischen Kontext des behandelten Themas, angefangen von Darstellungen über Herkunft und Inhalt der Begriffe „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“ über Betrachtungen von Pluralismus, Integration und Assimilation, des Zusammenhangs von Staatsangehörigkeit, Nationsbegriff und Integration, des Terminus „Verfassungspatriotismus“, der politischen Kultur und des „Ethos“ der Demokratie bis hin zu Gesamtdarstellungen über die unterschiedlichen Parteien, ist deutlich größer als der Umfang der Forschungsliteratur über Integrationsleitbild und -politik der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

Hieraus ergeben sich zugleich die Grenzen dieser Untersuchung. Denn gerade hinsichtlich des historisch-wissenschaftlichen Kontextes der Debatte um Integration muss es sich um eine punktuelle Analyse handeln, da die in großem Umfang vorhandene Literatur nicht vollständig berücksichtigt werden kann. Auch mit Blick auf die Parteien können nicht all jene internen Entwicklungen und Zusammenhänge, welche Einfluss auf die jeweilige Herangehensweise an die Integrationsthematik haben, so konkret betrachtet werden, wie dies z.B. die ausführliche Analyse lediglich einer Partei ermöglichen würde. Stattdessen werden hier nur die zentralen Linien nachgezeichnet. In Bezug auf die internen Meinungsbildungsprozesse muss der Fokus aus Gründen der Übersichtlichkeit zudem primär auf medial vermittelte Äußerungen von renommierten, in der Parteihierarchie oben angesiedelten Vertretern der Parteien gerichtet werden, so dass die entsprechenden Ausführungen nicht beanspruchen können, in vollem Maße repräsentativ für die jeweilige Partei als Ganze zu sein.

¹²¹ Vgl. dazu neben der Arbeit von Ulrich Herbert exemplarisch Meier-Braun, Karl-Heinz: *Integration und Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden-Württembergs*, Mainz/München 1988, S. 10-74 passim.

¹²² Vgl. Lammert: *Verfassung – Patriotismus – Leitkultur* (FN 4).

¹²³ Vgl. exemplarisch Lau, Jörg: *Selbstachtung und Selbstverbesserung. Der Patriotismus der Berliner Republik*, in: MERKUR (9-10) 2006, S. 800-812. Vgl. ders.: *Deutschstunden*, in: *Die Zeit* (06) 2006.

In den letzten Jahren wurden von Simon Grasnack¹²⁴, Klaudia Tietze¹²⁵ und Jens Wassenhoven¹²⁶ drei Dissertationen verfasst, die sich der Einwanderungs- bzw. Migrationspolitik der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gewidmet haben. In diesen Arbeiten wird durchaus auch die Positionierung der Parteien bezüglich Fragen der Integration betrachtet. Allerdings geschieht dies entsprechend dem jeweiligen Erkenntnisinteresse lediglich insoweit, wie es für eine Untersuchung der Einwanderungspolitik notwendig erscheint. Eine auf die Parteebene gerichtete eingehende Analyse der Integrationspolitik ist dagegen bisher nicht vorgenommen worden. Der Versuch, diese Lücke zu schließen, d.h. Integrationsleitbild und Integrationspolitik der Bundestagsparteien vor einem politisch-theoretischen Hintergrund zu untersuchen und anschließend zu bewerten, steht daher im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung. Die Einwanderungs- und Asylpolitik der Parteien wird demgemäß immer dann einbezogen, wenn ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Integrationsthematik besteht.

4. Leitende Fragestellungen und Gliederung der Arbeit

Die leitende Fragestellung dieser Arbeit lautet: Was sind die Hintergründe, Entwicklungen und Zusammenhänge der Integrationspolitik der im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und welches sozio-kulturelle Leitbild von Integration wurde und wird dabei von den Parteien verfolgt?

Hierfür ist zunächst der begriffliche und ideengeschichtliche Rahmen zu klären: Welches ist der zeithistorische Entstehungskontext der Postulate des „Multikulturalismus“ und einer „Leitkultur“? Wo verlaufen ihre entscheidenden Konfliktlinien? Wie lässt sich ihr Widerstreit vor der Folie der Debatte um Kommunitarismus und Liberalismus auch im Angesicht einer Betrachtung des Republikanismus-Diskurses einordnen? Besitzen der „Multikulturalismus“ und die „Leitkultur“ ideengeschichtliche Anknüpfungspunkte oder handelt es sich eher um von „klassischen“ Auffassungen abweichende, neue Ideen – wenn ja, welche sind dies?

¹²⁴ Vgl. Grasnack, Simon: Paradigmenwechsel in der Migrations- und Familienpolitik. Die bevölkerungspolitischen Konzepte und Migrations- und Familienmodelle der deutschen Parteien, Diss., Hamburg 2007.

¹²⁵ Vgl. Tietze, Klaudia: Einwanderung und die deutschen Parteien. Akzeptanz und Abwehr von Migranten im Widerstreit in der Programmatik von SPD, FDP, den Grünen und CDU/CSU, Diss., Berlin 2008.

¹²⁶ Vgl. Wassenhoven, Jens: Europäisierung deutscher Migrationspolitik. Policy-Wandel durch Advocacy-Koalitionen, Diss., Hamburg 2011.

Und mit Blick auf den „kulturellen Pluralismus“, der von unterschiedlicher Seite als integrationspolitischer Königsweg angesehen wird: In welchem Verhältnis steht der „kulturelle Pluralismus“ zum traditionellen Pluralismus? Entspricht die semantische Ähnlichkeit dem Inhalt? Darüber hinaus: Was bedeutet „Integration“ – und was meint der historisch unmittelbar mit ihr verwandte Terminus „Assimilation“? Welcher Integrationsbegriff – oder besser: welche Integrationsbegriffe – liegt bzw. liegen in Deutschland der wissenschaftlichen Debatte einerseits und der politischen Debatte andererseits zugrunde? Was meint der in den letzten Jahren in die Diskussion eingeführte Begriff der „Parallelgesellschaften“? Welches sind im Kontext der Integrationsdebatte die entscheidenden Aspekte mit Blick auf den „Islam in Deutschland“, insbesondere auf den organisierten Islam in Deutschland? Wie lässt sich die Frage der Integration in den breiten Zusammenhang der Debatte um Staatsangehörigkeitsrecht und Nationsbegriff(e) einordnen? Welches sind dabei die wichtigsten Unterschiede Deutschlands im Vergleich zu den historischen Prägungen anderer Länder, insbesondere zu Frankreich? Welche historischen Erfahrungen liegen über unterschiedliche integrationspolitische Ansätze vor und welche Erkenntnisse können aus einem ergebnisorientierten Vergleich dieser Ansätze heute gewonnen werden? Ferner: Was meint der in der deutschen Integrationsdebatte stetig präsente Begriff „Verfassungspatriotismus“? Lässt sich bei näherer Betrachtung dessen inhaltlicher Konturierung bei Dolf Sternberger einerseits und bei Jürgen Habermas andererseits überhaupt von *dem* „Verfassungspatriotismus“ sprechen? In welchem Verhältnis stehen dabei Verfassung und Nation? Und zuletzt: Welche Aufschlüsse liefert der Blick auf das „Ethos der Demokratie“ speziell vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und im Kontext des Postulats der „streitbaren Demokratie“?

Hinsichtlich der Parteien herauszuarbeiten ist anschließend: Welches sind die ursprünglichen Prämissen und, darauf aufbauend, die Entwicklungslinien im Hinblick auf Integrationsleitbild und -politik bis zum Jahr 1998? Konkret: Aus welchem Grund trat die Union der Selbstbeschreibung Deutschlands als Einwanderungsland traditionell dezidiert entgegen?; was führte zu dem im Verlauf der 1980er Jahre immer stärker zu vernehmenden neuen Tonfall in der SPD bezüglich Fragen der Integration?; weshalb formulierte die FDP entgegen der Tradition des parteipolitischen Liberalismus in Deutschland seit Beginn der 1980er Jahre ein „multikulturalistisches“ Integrationsleitbild?; was war die Ursache jener Emphase, mit der die PDS die Idee des „Multikulturalismus“ verfocht?; und inwiefern hatte das Nations- bzw. Deutschlandbild der Grünen Einfluss auf ihr Postulat der „multikulturellen Gesellschaft“? Hieran anknüpfend: Welche konkreten integrationspolitischen Positionen hatte dies jeweils zur Folge, z.B. mit Blick auf das Staatsangehörigkeitsrecht und den Erwerb der deutschen Sprache? Welche Differenzen innerhalb der Parteien kamen in der öffentlichen Debatte zum Vorschein und wie sahen schließlich die Kompromisse zwischen unterschiedlichen Parteiflügeln aus? Welches waren zentrale Wegmarken und Wendepunkte bzw. bei welchen inhaltlichen Aspekten wurden wann Akzentverschiebungen vorgenommen? Welche Rolle spielte die

Auseinandersetzung mit anderen Parteien für den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Parteien selbst? Wann und in welcher Form prägten Einflüsse aus anderen Politikbereichen die Integrationspolitik – möglicherweise entscheidend – mit?

Mit Blick auf die ab 1998 intensiv geführte und im Kontext des „Multikulturalismus“/„Leitkultur“-Widerstreits seit 2000 zusätzlich stimulierte Integrationsdebatte: Wie standen die Parteien zu den Begriffen „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“, wie zu den damit verbundenen Inhalten und Botschaften? Welche Zielperspektive für die sozio-kulturelle und sozio-moralische Basis des Zusammenlebens wurde dabei formuliert? Wie interpretierte man in diesem Kontext das Verhältnis aus *Sozio-Kultur* und *Sozio-Moral*? Wurden im Zuge der 2005 wieder aufgegriffenen „Leitkultur“-Debatte entscheidende Veränderungen vorgenommen bzw. haben möglicherweise hinter dem Vorhang begrifflicher Kontinuitäten substantielle Verschiebungen bei der Interpretation dieser Begriffe stattgefunden? Was sind die Kernbotschaften in der aktuellen Parteiprogrammatik im Hinblick auf die drängendsten Fragen der Integrationspolitik? Und abschließend: Welches sind die zentralen Gemeinsamkeiten und welches die zentralen Differenzen zwischen den Parteien? Des Weiteren ist im Lichte der bei der ideengeschichtlichen Einordnung gezeigten Ergebnisse am Ende der Untersuchung darauf einzugehen, welche Schlüsse zum Zwecke einer angemessenen Politik der Integration politisch gezogen werden *sollten*.

Die Gliederung der Arbeit orientiert sich unmittelbar an diesen Fragestellungen. Die Reihenfolge, nach der die Parteien untersucht werden, richtet sich nach der Größe der Fraktionen im Deutschen Bundestag der 17. Wahlperiode. Im Anhang der Untersuchung befinden sich Interviews mit jeweils drei ehemals oder aktuell auf Bundes- oder Landesebene politisch aktiven Vertretern der einzelnen Parteien.

5. Begriffsbestimmungen und -einordnungen

5.1 „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“

5.1.1 Zeithistorische Genese der Begriffe

Blickt man auf die Genese des Gegensatzpaares „Multikulturalismus“/„Leitkultur“, so lässt sich zunächst festhalten, dass der „Multikulturalismus“ der deutlich ältere der beiden Begriffe ist. Er stammt aus Kanada, welches sich seit 1971 „aus Überzeugung und mit Stolz als multikulturelle Gesellschaft betrachtet“¹²⁷ und den „Multikulturalismus“ in den Rang einer Staats-

¹²⁷ Geißler: Multikulturalismus in Kanada, S. 19.